

Helmut Kohl:

1986 wird ein gutes Jahr für die Deutschen

Mit neuer Zuversicht können wir dem Jahr 1986 entgegenblicken, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl zum Jahreswechsel. Nach vielen Schwierigkeiten ist unser Land wieder auf einem soliden und stabilen Zukunftskurs: Unsere Wirtschaft wächst und hat an Kraft gewonnen. Die Preise sind wieder stabil. Millionen Arbeitnehmer wissen, daß ihre Arbeitsplätze sicherer geworden sind. 200 000 Menschen fanden allein in den letzten 12 Monaten einen neugeschaffenen Arbeitsplatz. 1986 wird es einen weiteren Anstieg der Beschäftigung geben.

Die Staatsfinanzen sind wieder geordnet, und die Systeme der sozialen Sicherung sind wieder gefestigt. So konnte die Bundesregierung die größte Steuerentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verwirklichen, die ab 1986 in Kraft tritt. Das neue Jahr bringt auch zahlreiche Verbesserungen für Familien, für Jugendliche und Arbeitnehmer. Die großen Anstrengungen für eine Verschärfung des Umweltschutzes wirken sich positiv für Mensch und Natur aus. Die Bundesregierung hat mit mutigen Entscheidungen die Weichen neu gestellt — für eine Zukunft mit menschlichem Gesicht. Diese Erfolge unserer Politik der Erneuerung, zu denen die Bürger beigetragen haben, waren möglich, weil sich das geistige Klima in der Bundesrepublik Deutschland verändert hat. Die Bürger haben das

Preisstabilität wie selten zuvor Inflationsrate 2,2 Prozent

Die Bundesbürger mußten 1985 für ihre Lebenshaltung durchschnittlich 2,2 Prozent mehr ausgeben als ein Jahr zuvor. Damit ist das Inflationstempo auf das niedrigste Niveau seit 1969 gesunken. Damals lag die Inflationsrate bei 1,9 Prozent; 1984 waren es 2,4 Prozent. Die höchste Teuerung war im Jahre 1974 mit 7,0 Prozent registriert worden.

HEUTE LESEN SIE

● DOKUMENTATION

1985 war ein erfolgreiches Jahr/Rechenschaftsbericht der CDU/CSU-Fraktion. Grüner Teil

● WEITERSAGEN

Die Regierung Helmut Kohl betreibt eine erfolgreiche Politik für alle Bürger. Seite 3

● GEISSLER-BRIEF

In einem persönlichen Schreiben an die Kreisvorsitzenden weist Generalsekretär Heiner Geißler auf die Erfolge der von Helmut Kohl geführten Bundesregierung hin. Seite 5

● ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Wandzeitung, Flugblatt und eine neue Zeitung „CDU-extra“ bietet die Bundesgeschäftsstelle den Parteigliederungen als Materialien an, in denen die Erfolge der Regierung umfassend dargestellt werden. Motto: Weitersagen. Seiten 14–16

Vertrauen in ihre Leistungsfähigkeit zurückgewonnen.

Ein neuer Mut zur Zukunft hat verzagten Pessimismus abgelöst. Die Aufgaben, die sich in Wirtschaft und Gesellschaft, in Technik und Forschung stellen, werden als Herausforderung angenommen. Mit neuen Ideen, mit erneuertem Selbstvertrauen erzielen wir auch im internationalen Wettbewerb gute Erfolge, an denen alle teilhaben.

Im westlichen Bündnis ist die Bundesrepublik Deutschland heute ein starker und verlässlicher Partner. Unsere eindeutige und standfeste Haltung hat einen wertvollen Beitrag zum neuen Dialog der

Großmächte geleistet. Dabei geht es uns Deutschen vor allem auch um das Ziel, die Beziehungen der Menschen in unserem geteilten Vaterland zu erleichtern.

Mein Wunsch für das neue Jahr ist, daß wir weiter dazu beitragen können, den Frieden in Freiheit zu stärken, den Frieden noch sicherer zu machen und Ungerechtigkeit und Hunger weltweit abbauen zu helfen. Und meine feste Überzeugung ist: Wenn wir unsere Kraft zusammenfassen und entschlossen auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen, dann wird auch 1986 ein gutes Jahr für uns Deutsche werden. Und dann wird unsere Politik durch die Bundestagswahl eindrucksvoll bestätigt werden.

Pressestimmen

Die Konjunktur läuft, als sei sie von den Wahlstrategen der Bonner Regierungskoalition gesteuert: Rechtzeitig zur Bundestagswahl gibt es einen runden Aufschwung.

Der Spiegel vom 30.12. 85

Bundesregierung kann mit Fakten belegen, daß die Republik wirtschaftlich gesundet. Die Inflationsrate ist so niedrig, daß sie diese Bezeichnung schon fast nicht mehr verdient, denn die Mark ist stabil wie kaum eine andere Währung der Welt. Es gibt Branchen der Wirtschaft, die prächtig verdienen, es gibt Unternehmen, die Mühe haben, die auf sie zukommende Auftragsflut zu bewältigen.

Stern vom 2.1. 86

Nach dem Stabilitäts-Rekord 1985 das nächste Preiswunder: Viele Lebensmittel sind jetzt so billig wie vor 20 Jahren.

Prima, Herr Bundeskanzler: Ihre konsequente Stabilitätspolitik schlägt immer besser an. Ausländer sehen in unserer Bundesrepublik ein kleines Schlaraffenland: Alles im Überfluß und alles wird immer erschwinglicher.

Bild vom 4.1. 86

Der Kanzler, der Hoffnungslosigkeit und Pessimismus überwunden sieht, brauchte

sich beim Rückblick nicht zu quälen. Das Jahr nach dem Orwell-Jahr war alles in allem ein Vorzeigjahr. Es entsprach übrigens weitgehend den Erwartungen, den demoskopisch ausgewiesenen Hoffnungen des Dezember 1984.

General-Anzeiger, Bonn vom 31.12. 85

Zur Jahreswende 1985/86 begleitet uns erstmals seit langer Zeit wieder ein Gefühl der Zuversicht, das Raum für Optimismus schafft. Diese Veränderung der Grundstimmung ist vielleicht das Wesentlichste was sich zwischen bilanzierenden und erwartungsvollen Blicken zurück und nach vorn ausmachen läßt. Und all jenen, denen das zu weit zu gehen scheint, jenen, die von Optimismus nichts hören wollen, weil sie lieber dem von Zeitgeist diktierten Fatalismus folgen wollen, sei in Erinnerung gerufen, was Dietrich Bonhoeffer einst so formulierte: Optimismus ist in seinem Wesen keine Ansicht über die gegenwärtige Situation, sondern er ist eine Lebenskraft, eine Kraft der Hoffnung, wo andere resignieren, eine Kraft, den Kopf hochzuhalten, wenn alles fehlschlagen scheint, eine Kraft, Rückschläge zu ertragen, eine Kraft, die die Zukunft niemals dem Gegner läßt, sondern für sich in Anspruch nimmt.

Saarbrücker Zeitung vom 31.12. 85

Die Regierung Helmut Kohl betreibt eine erfolgreiche Politik für alle Bürger

Der 1. Januar 1986 ist eine sichtbare Wegmarke dieser Politik:

Millionen Steuerzahler haben mehr Geld in der Tasche

Wir senken die Steuern: 1986 um 11 Milliarden Mark, 1988 um weitere 8½ Milliarden Mark. Der Staat kann jetzt auf diese Steuereinnahmen verzichten, weil er solide wirtschaftet. So hat der Bürger mehr Einkommen, über das er frei verfügen kann.

Wer Kinder hat, zahlt weniger Steuern

Der Kinderfreibetrag wird kräftig erhöht — auf 2484 Mark. Wessen Einkommen zu gering ist, um diesen Freibetrag voll auszuschöpfen, der bekommt bis zu 46 Mark mehr Kindergeld je Kind: Das bedeutet für das erste Kind fast eine Verdoppelung. Auch die Ausbildungsfreibeträge werden um bis zu 900 Mark angehoben.

10 Monate lang Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub

Nach der Geburt eines Kindes können Mütter oder Väter 10 Monate Erziehungsurlaub nehmen, um sich ihrem Kind zu widmen — ab 1988 sogar 12 Monate. Solange gilt auch eine Beschäftigungsgarantie und monatlich werden 600 Mark Erziehungsgeld gezahlt. Das Erziehungsgeld erhalten alle — nicht nur erwerbstätige Mütter und Väter.

Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung

Wir haben ein ganz neues Kapitel in der Rentenversicherung aufgeschlagen. Künftig wird für jedes Kind ein Erziehungsjahr in der gesetzlichen Rentenversicherung rentenbegründend und rentensteigernd anerkannt. Bei dem erziehenden Elternteil werden die ersten zwölf Monate nach dem Geburtsmonat des Kindes als Pflichtversicherungszeit angerechnet.

Wohngeld für Familien

Um 900 Millionen Mark wird das Wohngeld auf rund 3 Milliarden insgesamt aufgestockt. Kinderreiche Familien werden besonders begünstigt. Für einen

4-Personen-Haushalt zum Beispiel kann sich das Wohngeld im Schnitt um 60 Mark pro Monat erhöhen. Auch das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach wird durch Wohngeld stärker gefördert.

Neuordnung der Hinterbliebenenrente

Neu eingeführt wird eine Hinterbliebenenrente mit Freibetrag für Rentenfälle von Januar 1986 an. Frauen und Männer erhalten, wenn der Ehepartner stirbt, gleichermaßen eine Witwen- oder Witwerrente in Höhe von 60 Prozent der Rente des oder der Verstorbenen. Ehepaare, die 50 Jahre und älter sind, haben bis Ende 1988 die Möglichkeit, zwischen altem und neuem Recht zu wählen.

Die Lage älterer Arbeitsloser wird verbessert

Die 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz bringt u. a. folgende Verbesserungen:

Verlängerung der Höchstanspruchsdauer beim Arbeitslosengeld für Arbeitslose ab 45 Jahren auf maximal 24 Monate;

Zahlung von Arbeitslosengeld an Arbeitslose ab 58 Jahren auch dann, wenn sie der Arbeitsplatzvermittlung nicht zur Verfügung stehen;

Erhöhung der Freibeträge, bis zu denen das Einkommen des Ehegatten nicht auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet wird, sowie Verdoppelung der Kinderfreibeträge, was für viele eine höhere Arbeitslosenhilfe bedeutet;

Zugang zu den besonderen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer schon ab 50 Jahren (bisher 55 Jahre).

Landwirtschaftliche Klein- und Mittelbetriebe werden entlastet

Das 3. Agrarsoziale Ergänzungsgesetz hat folgende Schwerpunkte:

Einführung eines Zuschusses zum Einheitsbeitrag zur landwirtschaftlichen Altershilfe für bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe. Erhöhung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Altershilfe. Erhöhung der Zusatzversorgung für ältere Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft auf 90 Mark monatlich; der Kreis der Begünstigten wird erweitert.

Einbeziehung hauptberuflich in der Land- und Forstwirtschaft mitarbeitender Familienangehöriger ab dem 25. Lebensjahr in die landwirtschaftliche Altershilfe.

Noch mehr Schutz für die Umwelt

Wir haben das umweltfreundliche Auto und das bleifreie Benzin europaweit durchgesetzt. Die Steuer auf bleifreies Benzin wird nochmals gesenkt und wer ein schadstoffarmes Auto fährt, zahlt weniger Steuern. Für die deutsche Industrie gelten die strengsten Umweltschutzgesetze in Europa. Viele Millionen Tonnen Schadstoffe gehen nicht mehr in die Luft.

Die Erfolge unserer Politik haben sich durchgesetzt

Generalsekretär Heiner Geißler hat zum Jahreswechsel an die Vorsitzenden der 251 CDU-Kreisverbände einen Brief geschrieben, in dem er die Leistungen und Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung auflistet und den 1. Januar 1986 eine „sichtbare Wegmarke unserer Politik“ nennt, weil viele Verbesserungen für den Bürger erkennbar werden.

In dem Brief heißt es u. a.:

Das vergangene Jahr war kein leichtes Jahr für uns. Wir haben auch Rückschläge hinnehmen müssen. Aber ich glaube, wir haben sie überwunden. Die Erfolge unserer Politik haben sich gegen Angstmacherei, Sozialdemagogie und Pessimismus durchgesetzt.

Wir werden oft gefragt: Was ist der Inhalt der sogenannten Wende? Worin besteht der neue Anfang?

Unsere Antwort ist: Aus der größten Wirtschaftskrise wurde ein positiver Konjunkturverlauf. Der Aufschwung ist da. Aus Inflation wurde Preisstabilität. Und weil es immer mehr neue Arbeitsplätze gibt, machen sich immer weniger Menschen Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Die Menschen erwarten für 1986 eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Dieser Optimismus der Bürger ist begründet.

Außerdem hat die Kriegsangst abgenommen. Aus Angst wurde Hoffnung. Das Vertrauen in das westliche Bündnis wurde gestärkt. Im Verhältnis zu den Ostblockstaaten und zur DDR gab es keine neue Eiszeit, sondern konstruktive und erfolgreiche Verhandlungen. Alle Umfrageergebnisse zeigen: Die Menschen

schauen wieder zuversichtlich in die Zukunft. Auch 1986 wird ein gutes Jahr für die Deutschen.

Wie entwickeln sich die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt?

Der Sachverständigenrat zeigt in seinem Jahrgutachten 1985/86 klar auf, daß die CDU-geführte Bundesregierung auf dem richtigen Weg zu mehr Beschäftigung ist, daß wir 1986 einen sich weiter verstärkenden Aufschwung zu erwarten haben, der sich auch deutlich positiv auf dem Arbeitsmarkt auswirken wird. Nach einer Zunahme der Beschäftigung um rd. 200 000 im Jahr 1985, wird die Zahl der Beschäftigten 1986 um 300 000 zunehmen, die Verbraucherpreise werden mit 1,5 % 1986 stabil bleiben, und wir werden 1986 einen Zuwachs an realer Kaufkraft haben, wie es ihn in den achtziger Jahren bisher nicht annähernd gegeben hat. Wir haben unser Land aus der schwersten wirtschaftlichen und sozialen Krise seit der Währungsreform herausgeführt.

Wo steht die SPD?

Die Katastrophen-Szenarien der SPD sind nicht Wirklichkeit geworden, das Spiel mit der Angst der Menschen blieb ohne Erfolg. Erinnern Sie sich an den Wahlkampf 1982/83: Die SPD prophezeite Arbeitslosenkatastrophe, Mietenexplosion und Eiszeit im Verhältnis zum Osten. Das Gegenteil ist eingetreten: Die Arbeitslosigkeit ist gestoppt, der Mietenanstieg ist minimal und mit den osteuropäischen Staaten wird verhandelt.

Die SPD hat nichts dazugelernt. Sie versagt als Opposition. Sie ist eine Partei ohne vernünftige Alternativen. In der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik greift die SPD auf alte, gescheiterte Rezepte zurück, die mit Schulden finanziert wurden. Dies hat zu Inflation und zu Arbeitslosigkeit geführt. Wir werden im nächsten Jahr die Bürger fragen, ob sie wirklich die Kurpfuscher von gestern zu Vertrauensärzten von morgen wählen wollen. Ich bin überzeugt, die Entscheidung wird eindeutig ausfallen.

Die SPD ist in der Außen- und Sicherheitspolitik tief gespalten: Unter der Schirmherrschaft von Willy Brandt diskutieren Egon Bahr, Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder und Erhard Eppler über ein neutralistisches Deutschland. Die alte Godesberger SPD unter Helmut Schmidt, Annemarie Renger und Georg Leber spielt eine immer geringere Rolle. Rau versucht es allen recht zu machen. Schon allein deswegen muß er scheitern.

Was ist mit der absoluten Mehrheit der SPD?

Die SPD spricht immer von der absoluten Mehrheit, obwohl sie dafür keine realistische Chance hat. Warum redet die SPD trotzdem von der absoluten Mehrheit? Sie will das Dilemma in den eigenen Reihen vernebeln und einer Diskussion über das unangenehme Thema eines rot-grünen Bündnisses ausweichen. Es gibt 4 Gründe, warum die SPD die absolute Mehrheit nicht erhalten kann: Erstens umfaßt ihr Wählerpotential nach ihren eigenen Untersuchungen insgesamt nur 43 %. Zweitens ist ihre Wählerschaft tief gespalten. 50 % der SPD-Wähler wollen mit den Grünen nichts zu tun haben. Nur 30 % wollen eine rot-grüne Koalition. Drittens ist die SPD keine strukturelle Mehrheitspartei. Und viertens ist sozialdemokratische Politik nicht definierbar.

Die SPD steckt also in einem tiefen Dilemma. Will sie Randwähler von der Union gewinnen, verprellt sie die grün-alternative Wählerschaft. Und folgt sie Joschka Fischer, laufen ihr die Facharbeiter weg.

In allen Bundestagswahlen seit 1969 hat die SPD im Durchschnitt 42,44 % der Stimmen gehabt, bei der letzten Bundestagswahl 38,2 %. Die SPD-Führung weiß genau, daß sie die absolute Mehrheit nie erreichen kann. Die SPD kann also nur mit den Grünen regieren oder gar nicht. Sie redet von absoluter Mehrheit und meint die rot-grüne Koalition. Und warum sollten die Bürger Rau mehr glauben als Börner?

Was haben die Gewerkschaften vor?

Mit einer großen Desinformationskampagne überzieht vor allem die IG Metall zur Zeit die Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Diskussion um den § 116 AFG. Die CDU will und wird das Streikrecht nicht zu Lasten der Arbeitnehmer ändern. Die rechtlichen Folgen eines Streiks werden lediglich präzisiert und in wichtigen Fragen für die Arbeitnehmer verbessert. So wird — was bisher strittig war — geklärt, daß für mittelbar betroffene Arbeitnehmer, die einer anderen Branche als die Streikenden angehören, immer die Bundesanstalt für Arbeit bezahlt. Auch wird geregelt, daß die Berechtigung der Aussperrung oder Betriebsschließung von der Bundesanstalt für Arbeit überprüft werden kann.

Angesichts dieser Tatsachen muß ich die Veranstaltungen der IG Metall und die Äußerungen der IG-Metall-Funktionäre gegen Norbert Blüm als das bezeichnen, was sie sind: wahrheitswidrige Agitationen und Vorbereitung einer politischen Mobilmachung gegen die Regierung und das Parlament. Der IG Metall geht es

nicht um das Streikrecht, das ja gar nicht verändert werden soll, sondern sie will das soziale Klima aufheizen. Wir müssen die IG Metall fragen, ob sie aus einseitiger Parteinahme für die SPD die positive wirtschaftliche Entwicklung und die vom Sachverständigenrat für 1986 vorausgesagten 300 000 neuen Arbeitsplätze durch ihre Agitation aufs Spiel setzen will.

Die Bundestagswahl 1987 wird eine Durchsetzungswahl

Gemessen an der Hinterlassenschaft der SPD haben wir in drei Jahren Regierungszeit viel erreicht. Auch frühere Kritiker der Bundesregierung bestreiten nicht mehr, daß unsere Politik erfolgreich ist und sich als richtig erwiesen hat. Die

Früchte unserer Politik sind zunehmend für die Bürger spürbar. Aber Regierung, Parlament und Fraktion können nur die Weichen richtig stellen; die eigentliche Leistung, die unser Land vorangebracht hat, haben die Bürger selbst erbracht. Und darauf aufbauend wollen wir die Zukunft Deutschlands als moderne Industrienation sichern, eingebettet in eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Am Ende dieser Legislaturperiode werden wir die Bürger bitten, an dieser Aufgabe mitzuwirken und uns die politische Verantwortung wieder zu übertragen. Ich bin sicher, daß sich unsere politischen Vorstellungen durchsetzen werden, so daß wir unsere erfolgreiche politische Arbeit fortsetzen können.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Heiner Geißler, MdB

Bundeskanzler Kohl dankt Elisabeth Schwarzhaupt

Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat der ehemaligen Bundesministerin Elisabeth Schwarzhaupt zu ihrem 85. Geburtstag einen Glückwunschbrief übersandt, in dem es u. a. heißt:

„Mein Glückwunsch gilt einer Persönlichkeit, die über mehrere Jahrzehnte in verschiedenen Ämtern und Funktionen unseres Gemeinwesens erfolgreich gewirkt und mit großem Engagement Mitverantwortung für unseren Staat getragen hat.“

Helmut Kohl würdigte die aufopferungsvolle Arbeit für die Belange der Frauen auch in überparteilichen und evangelischen Frauenorganisationen. Er schreibt: „Gern nehme ich diesen Tag zum Anlaß, Ihnen für Ihr langjähriges Wirken für unser Vaterland und die Sache der Union sehr herzlich zu danken.“

Adenauer-Stiftung: Kommunale Pressearbeit

Es ist leichter, als viele meinen, kontinuierlich mit der lokalen und regionalen Presse zusammenzuarbeiten. Wobei es darauf ankommt, erfahren Pressesprecher und Pressebeauftragte auf Orts- und Kreisebene, aber auch alle anderen politisch Interessierten in den Trainings „Kommunale Pressearbeit“, die das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung in Schloß Eichholz anbietet.

■ 24. bis 26. Januar 1986

■ 14. bis 16. Februar 1986

Teilnehmerbeitrag 40,— DM; Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse DB). Eigenbeteiligung 20,— DM; weitere Kosten entstehen nicht.

Information und Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungswerk/Schloß Eichholz
Postfach 1331, 5047 Wesseling
Telefon (02236) 707-1

Monatliche
Steuerersparnis
1986 gegenüber
1985 in DM*

Was bringt die Steuerreform?



Zu
versteuerndes
Einkommen

Ledige

Verheiratete
ohne Kinder

Verheiratete
mit 1 Kind

Verheiratete
mit 2 Kindern

Verheiratete
mit 3 Kindern

monatlich

1800 DM

6 DM

12 DM

49,60 DM

87,30 DM

116,80
DM

2 500 DM

9,60

12

45,70

81,40

118,90

3 500 DM

25,70

12

45,70

77,40

109

5 000 DM

54,60

20

47,90

84,60

121,80

*sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

© Globus 5862

Familien am meisten begünstigt

Alle Steuerzahler bekommen etwas ab von der Steuerreform, deren erste Stufe mit dem neuen Jahr beginnt. Das bewirkt allein schon die Anhebung der Grundfreibeträge für Ledige von 4 212 DM auf 4 536 DM und für Verheiratete von 8 424 DM auf 9 072 DM jährlich. Am deutlichsten sind aber die Familien mit Kindern begünstigt, und zwar um so mehr, je größer die Zahl der Kinder ist. Dafür sorgen — neben der Anhebung der Grundfreibeträge für jedermann — die von 432 DM auf 2 484 DM angehobenen Kinderfreibeträge. Wer ein Kind hat, wird 1986 monatlich zwischen 45 und 50 DM weniger Steuern zahlen. Bei zwei Kindern liegt die Ersparnis zwischen 77 und 87 DM, und bei drei Kindern bleiben sogar zwischen 109 und 122 DM mehr in der Kasse. Dies gilt jedenfalls für die Rechenbeispiele in unserem Schaubild. Aber Eltern, die keine Steuern zahlen, weil sie zuwenig verdienen, gehen sie leer aus? Keineswegs. Sie können auf Antrag erhöhtes Kindergeld bekommen, den sogenannten Kindergeldzuschlag. Mit diesem Zuschlag von maximal 46 DM je Kind fahren sie finanziell nicht schlechter als jene, die wegen der erhöhten Kinderfreibeträge Steuern sparen. — Weitere in unserem Beispiel nicht berücksichtigte Steuererleichterungen betreffen Ausbildungsfreibeträge, Kinderbetreuungskosten für alleinerziehende Erwerbstätige, Haushaltsfreibeträge für Alleinstehende mit Kindern u. a.

Statistische Angaben: Bundesfinanzministerium, Allgemeine Lohnsteuertabellen

Was ist „neu“ an der Armut?

„Stellt sich die Neue Soziale Frage neu? Neue Armut, organisierte Interessen, neue Arbeit“; zu diesem Thema diskutierten beim 8. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch am 12. Dezember 1985 unter Leitung von Welt-Chefredakteur Peter Gillies, der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, der stellv. DGB-Vorsitzende Gerd Muhr, Professor Kurt H. Biedenkopf, der Berliner Senator Ulf Fink, Vertreter des deutschen Caritasverbandes, des Diakonischen Werkes der evangelischen Kirche und des Instituts der deutschen Wirtschaft, namhafte Wissenschaftler sowie Fachjournalisten von ZEIT und SPIEGEL.

In seinem Einführungsreferat sprach Heiner Geißler die zentralen Themen der Veranstaltung an: Was ist „neu“ an der Armut? Ist angesichts von Dauerarbeitslosigkeit die Neue Soziale Frage überholt? Können mit den herkömmlichen Gewerkschaftsstrategien die Chancen des technischen Fortschritts genutzt und die Probleme der neuen Arbeitswelt bewältigt werden? Was hat die Bundesregierung getan, um die neuen sozialen Probleme zu lösen?

Dabei führte Heiner Geißler u. a. aus:

1. Was ist „neu“ an der Armut?

Ich möchte gleich zu Anfang ein mögliches Mißverständnis ausräumen: Ich habe nie bestritten, daß es Armut auch heute in der Bundesrepublik gibt. Aber ich bestreite, daß es erst seit dem Regierungswechsel im Jahre 1982 eine „neue Armut“ gibt. Es gibt eine „neue Armut“, die ich bereits Mitte der 70er Jahre beschrieben habe und die sich bis Anfang der 80er

Jahre verstärkt hat. Nicht, daß es Armut in der Bundesrepublik gibt, stellt also heute den wesentlichen Streitpunkt dar, sondern die Frage, wo ihre Ursachen liegen und wie sie wirksam bekämpft werden kann.

Daß die Armut, die wir auch heute feststellen, nicht das Ergebnis des Jahres 3 der Regierung Kohl ist, ergibt sich aus den Fakten. Nimmt man, wie SPD und DGB dies heute tun, als Maßstab für Armut die Sozialhilfe, so gab es im Jahre 1982, noch unter der Regierungsverantwortung der SPD, 2,32 Millionen Sozialhilfeempfänger, also Arme nach der SPD-Auffassung. Die zuletzt offiziell ausgewiesene Zahl des Statistischen Bundesamtes nennt für 1983 2,44 Millionen Sozialhilfeempfänger. Für 1984 liegen noch keine Zahlen vor. Dies bedeutet: Über 90 % der „neuen Armut“ stammen aus der Zeit der SPD-Regierungsverantwortung, und die Bundesregierung ist dabei, diese Armut abzubauen. Nicht die Tatsache, daß es Armut gibt, sondern die Behauptung, diese CDU-geführte Bundesregierung hätte sie geschaffen, nenne ich deshalb einen aufgelegten Schwindel.

Ich frage die SPD und den DGB, warum sie nicht schon vor 1982, z. B. als ich in den 70er Jahren die Ursachen der neuen Armut analysiert und beschrieben hatte, das Thema mit dem gleichen Nachdruck aufgegriffen haben. Offensichtlich ist die Sensibilität von Sozialdemokraten und Gewerkschaften für die Armen erst mit dem Wechsel der SPD von der Regierung in die Opposition erwacht.

Im übrigen weise ich auf folgendes hin: Wir haben die Regelsätze der Sozialhilfe um rund 8 % angehoben — bei einer Preissteigerungsrate im Jahresdurchschnitt 1985 von 2,2 Prozent. Alleinerzie-

hende mit einem Kind bis zu sieben Jahren und ältere Mitbürger über 60 Jahre erhalten zusätzlich zum erhöhten Regelsatz einen Zuschlag in Höhe von 20 % (rund 100 Mark). Unter SPD-Regierungsverantwortung waren die Bedarfssätze dagegen deutlich hinter der Entwicklung der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben.

Worin liegen die Ursachen für Armut?

Heute ist die soziale Frage nicht mehr identisch mit der Arbeiterfrage. Kein Bürger in der Bundesrepublik Deutschland ist heute arm, weil er Arbeitnehmer ist. Arm sind die Leute heute z. B., wenn sie Arbeitnehmer sind und mehrere Kinder haben, wenn sie alt sind — und oft, wenn sie Frauen sind. Und seit einigen Jahren kommt hinzu, wenn sie dauerarbeitslos sind.

Um diese soziale Wirklichkeit zu erklären, taugt die Aufteilung unserer Gesellschaft in Klassen von Kapital und Arbeit, wie dies die Marxisten, Sozialisten und Neomarxisten tun, nichts. Die Benachteiligungen der Familien mit Kindern, alter Menschen und Frauen oder die soziale Not von Dauerarbeitslosen ist vielmehr auch darauf zurückzuführen, daß Kapitaleigner und Arbeitnehmer oder, genauer gesagt, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften gemeinsam ihre Interessen im Verteilungskampf um das Bruttosozialprodukt durchsetzen zu Lasten derjenigen, die nicht in mächtigen Verbänden organisiert sind. Zu dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit sind neue unge löste Konflikte hinzugetreten: Zum Beispiel der Konflikt zwischen Organisierten und Nichtorganisierten, der Generationenkonflikt, der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau und der Interessenkonflikt zwischen Arbeitsplatzbesitzenden und Arbeitslosen.

Ursachen einer daraus resultierenden „neuen Armut“ sind Kinderreichtum, Alter, weibliches Geschlecht und heute auch Dauerarbeitslosigkeit.

2. Warum können diese Probleme nicht mit der Methode der alten sozialen Frage gelöst werden?

Ich nenne ein Beispiel: Die Benachteiligung von Familien mit Kindern kann nicht durch die klassenkämpferische Tarifauseinandersetzung der IG Metall mit Gesamtmetall beseitigt werden. Ob ein Arbeitnehmer 5 oder 3 Kinder hat, kann bei der Aushandlung des Tariflohnes nicht berücksichtigt werden. Dasselbe gilt für die Frage, ob ein Arbeitnehmer eine schwerbehinderte Frau zu Hause hat. Diese Probleme müssen über die sekundäre und können nicht über die primäre Einkommensverteilung gelöst werden. Für die sekundäre Einkommensverteilung, d. h. für die Sozialeinkommen, sind nicht die Tarifpartner, sondern ist der Staat verantwortlich. Daher muß der Staat die Sozialeinkommen, z. B. das Kindergeld bzw. die steuerliche Berücksichtigung von Kindern, entscheidend verbessern.

Die Dauerarbeitslosigkeit als Ursache von Armut kann ebenfalls nicht mit den Methoden der alten sozialen Frage, also der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, beseitigt werden, da sie nicht in der Willkür der Arbeitgeber begründet liegt, sondern darin, daß wir uns mitten in der sogenannten zweiten industriellen Revolution befinden, in der die Produktionsfaktoren Wissen und Information immer wichtiger und knapper werden. Die sozialen und gesellschaftspolitischen Folgen und Chancen des technischen Fortschritts können nicht mehr mit den herkömmlichen Gewerkschaftsstrategie-

gien, sondern nur durch moderne Formen der Arbeitsmarktpolitik zugunsten der arbeitenden Menschen gestaltet und genutzt werden. Warum?

Die industrielle Revolution des letzten Jahrhunderts war auf Massenproduktion und gleichartige Arbeitsbedingungen ausgerichtet. Standardisierung und Zentralisierung wurden zu Grundprinzipien der Arbeitswelt. Einheitliche Tarifregelungen, die Forderung nach gleichen Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzgesetzen, die Solidarisierung der Arbeitnehmer in Massenorganisationen waren eine angemessene gewerkschaftliche Antwort auf die Probleme der alten Arbeitswelt.

Der Übergang von einer Produktions- zu einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft wird die Arbeitswelt grundlegend verändern: Neue Technologien ermöglichen die Dezentralisierung von Produktion und Dienstleistungen sowie vielfältige und flexible Übergänge zwischen bezahlter Arbeit und Freizeit. Die Arbeitsbedingungen werden individueller, die Arbeitnehmer werden in ihrer Arbeit autonomer. Ob wir neue Arbeit schaffen und das soziale Netze erhalten oder gefährden, hängt vor allem davon ab, ob wir die Möglichkeiten nutzen, die die neue industrielle Entwicklung bietet oder ob wir in den verkrusteten industriellen Strukturen des letzten Jahrhunderts verharren.

Die Probleme des Übergangs von der alten in eine neue Arbeitswelt verlangen von den Gewerkschaften neue Strategien. Zwei Beispiele:

■ Wer ja sagt zum gesellschaftlichen Fortschritt und zu den neuen Technologien, muß nein sagen zu einem Reichheits-IG-Metall-Tarif von Flensburg bis Berchtesgarden und muß z. B. Tarifvereinbarungen ermöglichen, die auf Betriebsgrößen, Branchen und Regionen Rücksicht nehmen.

■ Wer die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich fordert, praktiziert eine Kampfstrategie nach dem Muster der alten sozialen Frage. Denn er verspricht den Arbeitsplatzbesitzern neben kürzerer Arbeitszeit noch gleichzeitig höhere Löhne ohne Rücksicht darauf, daß als Folge der höheren Arbeitskosten die Arbeitslosen auf der Strecke bleiben müssen.

Die beiden Beispiele zeigen: Die Gewerkschaften haben den gesellschaftlichen Wandel noch nicht konzeptionell verarbeitet.

3. Was hat die CDU-geführte Bundesregierung getan, um die neuen sozialen Probleme zu lösen?

Wenn man die neuen sozialen Probleme lösen will, muß man bei ihren Ursachen ansetzen. Genau dies hat die Politik der CDU und der Bundesregierung getan.

Wir haben in drei Jahren Regierungszeit natürlich nicht alle die mit der Neuen Sozialen Frage angesprochenen Probleme lösen können. Das zu verlangen wäre unrealistisch gewesen. Die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben reicht weit in die nächste Legislaturperiode hinein. Aber gemessen an dem, was wir voranden, haben wir viel erreicht.

Ich nenne stichwortartig nur folgende Maßnahmen:

a) Benachteiligung kinderreicher Familien beseitigt

Die größte Steigerung, die eine bestimmte soziale Leistung seit 1949 im Bundeshaushalt je erfahren hat, ist die Verbesserung des Familienlastenausgleichs ab 1. Januar 1986 in Höhe von über 10 Milliarden DM jährlich. Diese Maßnahme zielt konkret auf die Beseitigung einer entscheidenden Ursache der „neuen Armut“, nämlich der sozialen Benachteiligung.

gung von Arbeitnehmerfamilien mit Kindern.

b) Benachteiligung von Frauen abgebaut

Für die Gleichberechtigung der Frau haben wir durch die Einführung des Erziehungsgeldes und die Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung, durch den Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie für 4,3 Millionen berufstätige Frauen in drei Jahren mehr erreicht als die frühere Regierung in 13 Jahren zuvor.

c) Sozialhaushalt auf eine solide Grundlage gestellt

Durch den Abbau der Staatsverschuldung, der niedrige Zinsen und Preisstabilität zur Folge hat, haben wir eine wirksame finanzielle Entlastung breiter Bevölkerungsschichten erreicht und die Ausbeutung der nach uns kommenden Generation verhindert. Die Preisstabilität, die wir erreicht haben, kommt vor allem der sozial Schwachen zugute. Ich bedaure, daß die Preisstabilität in der Argumentation der Gewerkschaften keine große Rolle spielt. Die Bundesregierung hat den Sozialhaushalt wieder auf eine solide Grundlage gestellt. Zum ersten Mal seit über zehn Jahren wurden 1985 keine Kürzungen im sozialen Bereich vorgenommen und sind künftig auch nicht nötig.

Die Renten sind wieder bis in die 90er Jahre sicher und die Hinterbliebenenversorgung ist gerecht geregelt worden. In der ersten Hälfte nächsten Jahres wird die CDU Grundsätze verabschieden, die unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung das Rentensystem auch für die Zukunft sichert.

d) Den Dauerarbeitslosen wird geholfen

Ich möchte dazu unter drei Aspekten Stellung nehmen:

1. Durch unsere Wirtschafts-, Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik haben wir den Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglicht. In diesem Jahr alleine 200 000, im nächsten Jahr wahrscheinlich mindestens 250 000 neue Arbeitsplätze.

2. Durch neue Formen der Arbeitsmarktpolitik wollen wir die Bedürfnisse der Arbeitnehmer nach flexibleren Arbeitszeiten und Arbeitsabläufen stärker berücksichtigen und Neueinstellungen erleichtern. Ich nenne als Beispiele:

■ Im Beschäftigungsförderungsgesetz haben wir mit befristeten Arbeitsverträgen den Unternehmen zusätzliche Möglichkeiten für Neueinstellungen geschaffen und zugleich Teilzeitarbeit arbeitsrechtlich wirksamer abgesichert. Sowohl bei der sogenannten kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit als auch bei dem Jobsharing haben die Arbeitnehmer zusätzlichen Schutz erhalten. Eine wirksame arbeitsrechtliche Absicherung der Teilzeitarbeit erleichtert vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern den Übergang zur Teilzeit. Teilzeitarbeit, die vor allem von Frauen angestrebt wird, ist eine der wirksamsten Möglichkeiten, den Arbeitsmarkt zu entlasten.

■ Eine Ursache der Arbeitslosigkeit ist die Unterqualifizierung zahlreicher Arbeitnehmer. Deshalb ist bei der 7. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes ein besonderer Schwerpunkt auf Weiterbildungsmaßnahmen gelegt worden, die von der Bundesanstalt für Arbeit finanziert oder gefördert werden. Dies wird insbesondere auch jungen Arbeitslosen zugute kommen.

3. Um die finanziellen und menschlichen Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern, haben wir die Leistungen für Arbeitslose verbessert. Ich nenne als Beispiele:

■ Für arbeitslose Jugendliche zwischen 18 und 21 Jahren wird wieder Kindergeld

gezahlt. Und arbeitslose Jugendliche zwischen 19 und 23 Jahren erhalten wieder kostenlosen Krankenversicherungsschutz. Das hatte die SPD abgeschafft.

■ Arbeitslose ab vollendetem 44. Lebensjahr können 16 Monate, über 50jährige 20 Monate und über 55jährige zwei Jahre lang Arbeitslosenunterstützung beziehen. Bisher galten ein Jahr bzw. für über 50jährige 18 Monate als Höchstdauer.

■ Arbeitslose, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, können Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bis zum Eintritt ins Rentenalter von 60 Jahren weiterbezahlen, ohne der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen zu müssen.

■ Die Freibeträge auf die Anrechnung von Ehegatten-Einkommen auf die Arbeitslosenhilfe werden 1986 um 50 % erhöht und ab 1987 verdoppelt. Der Grundfreibetrag steigt damit von wöchentlich 75 Mark über 115 auf 150 Mark. Der Erhöhungsbetrag je Kind steigt von 35 Mark über 55 auf 70 Mark wöchentlich.

206 400 neue Arbeitsplätze bei Gesamtmetall

Die bessere Beschäftigung in der Metallindustrie hat im vergangenen Jahr zu annähernd 111 000 Neueinstellungen in diesem Bereich geführt. Nach Mitteilungen des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall (Köln) sind in den letzten 1¼ Jahren insgesamt 206 400 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Dies ergibt eine Zunahme der Beschäftigtenzahl um 5,6 Prozent. Die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter hatte sich auf 295 800 Personen im September 1985 verringert. Ende November gab es in der Metallindustrie nur noch 35 300 Kurzarbeiter. Weiter verbessert hat sich 1985 die Ertragslage.

Norbert Blüm: Chiles Christdemokraten brauchen Hilfe

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, hat sich in Chile mit führenden Christdemokraten getroffen, die auch den Gewerkschaftsbereich vertreten. Sie haben betont, daß das chilenische Volk die Demokratie will, wie sie der Kultur und Tradition Chiles entspricht. Die chilenischen Christdemokraten formulierten drei Erwartungen:

1. Es muß überall klargemacht werden, daß in Chile nach wie vor Diktatur herrscht, das Volk aber die Demokratie will.
2. Die Demokraten Europas müssen deutlich machen, daß sie auf der Seite der chilenischen Demokraten stehen, die sich in Opposition zur Militärdiktatur befinden.
3. Die Christdemokraten Chiles brauchen Hilfe, um durch Bildungsarbeit ihre personelle Basis zu verbreitern. Zu dieser Bildungshilfe soll auch ein starker Jugendaustausch gehören.

Minister Blüm würdigte ausdrücklich die Erfolge der chilenischen Oppositionsgruppen bei der Erarbeitung einer realistischen politischen Alternative zur Militärdiktatur. Er hob die führende Rolle der Christdemokraten innerhalb des starken Oppositionsbündnisses hervor und kritisierte, daß die Pinochet-Diktatur offenbar unfähig und unwillig sei, in einen Prozeß des Dialogs einzutreten.

Guter Start für 1986

Bilanz '85
Prognose '86
Beide positiv
Für Sie: Die komplette Ferientabelle 1986
Wo kann ich Erziehungsgeld beantragen?



CDU extra

Alles Gute '86

Steuern runter

Wohngeld rauf

Familie hat Zukunft

Preise stabil

Rente sicher

Umwelt sauberer

Unsere Politik: solide und erfolgreich

Eine soziale Politik für alle Bürger

Helmut Kohl
Klarer Kurs

Helmut Kohl
Klarer Kurs

BILANZ

Raus aus den roten Zahlen

1985 war ein erfolgreiches Jahr

Die Regierung Helmut Kohl hat die Wirtschaft im vergangenen Jahr aus dem roten Zahlen in den schwarzen Zahlen geführt. Die Bundesregierung hat die Wirtschaft im vergangenen Jahr aus dem roten Zahlen in den schwarzen Zahlen geführt. Die Bundesregierung hat die Wirtschaft im vergangenen Jahr aus dem roten Zahlen in den schwarzen Zahlen geführt.

PROGNOSE

Es geht auch weiter aufwärts

Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung

Die Bundesregierung erwartet für 1986 eine weitere Verbesserung der Wirtschaftslage. Die Bundesregierung erwartet für 1986 eine weitere Verbesserung der Wirtschaftslage. Die Bundesregierung erwartet für 1986 eine weitere Verbesserung der Wirtschaftslage.



CDU extra

Wir lieben Kinder

Die SPD hat nichts zu bieten

Die SPD hat nichts zu bieten. Die SPD hat nichts zu bieten. Die SPD hat nichts zu bieten.

Unser Ziel: Die moderne Industriegesellschaft mit menschlichem Gesicht

Unser Ziel: Die moderne Industriegesellschaft mit menschlichem Gesicht. Unser Ziel: Die moderne Industriegesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Helmut Kohl: Klarer Kurs

Helmut Kohl: Klarer Kurs. Helmut Kohl: Klarer Kurs.

Perfektentender 1986

Zeitraum	1985	1986	1987	1988	1989	1990
GDP	1.200.000	1.250.000	1.300.000	1.350.000	1.400.000	1.450.000
Export	400.000	420.000	440.000	460.000	480.000	500.000
Import	300.000	310.000	320.000	330.000	340.000	350.000
Investitionen	200.000	210.000	220.000	230.000	240.000	250.000
Verbrauch	1.000.000	1.030.000	1.060.000	1.090.000	1.120.000	1.150.000
Staatsausgaben	150.000	160.000	170.000	180.000	190.000	200.000
Staatseinnahmen	120.000	130.000	140.000	150.000	160.000	170.000
Saldo	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000

Steuern runter! Wohngeld rauf! Familie hat Zukunft! Umwelt sauberer! Diese Schlagzeilen beschreiben die wichtigsten Ergebnisse der neuen Gesetze, die am 1. Januar 1986 in Kraft getreten sind. Sie zeigen deutlich: Die erfolgreiche Politik von Helmut Kohl zahlt sich für alle Bürger aus.

Jetzt müssen die Informationen über diese Erfolge auch vor Ort weitergesagt und weitergetragen werden. Dazu bietet die Bundesgeschäftsstelle eine neue Zeitung „CDU extra — Alles Gute 86“ an. In dieser Zeitung ist umfassend dargestellt, was 1986 alles besser wird. Praktische Tips, z. B. wie man das Erziehungsgeld beantragt, und eine Ferientabelle für 1986 machen das neue „CDU extra“ darüber hinaus zu einem Informationsmittel mit vielfältigem Nutzen.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Vermold

Bestellnummer: 2719 · Mindestabnahme: 200 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM

Damit unsere Politik jedem einzelnen Bürger deutlich vor Augen geführt werden kann, hat die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit die wichtigsten politischen Erfolge zusätzlich auf einem Flugblatt und einer Wandzeitung veröffentlicht (Siehe nächste und übernächste Seite).

Zur Sache:

Mit Zuversicht und Optimismus in die Zukunft

Alles Gute '86

**Das sind die Früchte
einer erfolgreichen Politik der Regierung**

Helmut Kohl:

Steuern runter!

Das Steuerentlastungsprogramm von rund 20 Milliarden Mark läßt 1986/88 allen Lohn- und Einkommensteuerzahlern mehr Geld in der Haushaltskasse, vor allem den Berufstätigen mit Kindern.

Wohngeld rauf!

Rund 1,7 Millionen Menschen erhalten ab 1. Januar mehr Wohngeld. Bei einem Vierpersonenhaushalt wird das Wohngeld durchschnittlich um 60 DM pro Monat angehoben.

Preise stabil!

Lohn- und Rentenerhöhungen werden nicht mehr von der Inflation aufgefressen. Unter Helmut Kohl ist die Preissteigerungsrate um mehr als 3,5 Prozentpunkte gesunken. Das ist so gut wie eine 3,5%ige Renten- oder Lohnerhöhung.

Familie hat Zukunft!

Das Erziehungsgeld ist da! Für Mütter oder Väter gibt es monatlich 600 DM; ab 1. Januar

1986 für zehn Monate und ab 1988 für ein Jahr. Auch nicht-erwerbstätige Mütter erhalten Erziehungsgeld. Weitere Verbesserungen:

- Während des Erziehungsurlaubes, den erwerbstätige Mütter oder Väter beantragen können, darf nicht gekündigt werden.
- Der Kinderfreibetrag wird erhöht.
- Für jedes Kind wird dem erziehenden Elternteil in der gesetzlichen Rentenversicherung ein Erziehungsjahr rentenbegründend und -steigernd anerkannt.

Rente sicher!

Die Rentenkassen sind solide finanziert. Die Finanzlage der Rentenversicherung hat sich deutlich verbessert. Das heißt: Die Rentenkassen sind voll, die Renten sind sicher.

Umwelt sauberer!

Bleifreies Benzin wird am 1. Januar 1986 durch die Senkung der Mineralölsteuer erneut verbilligt. Schon jetzt gibt es Steuervergünstigungen für schadstoffarme Autos. Dadurch können Autofahrer Geld sparen und zugleich die Umwelt schützen. Das zeigt: Wir setzen auf den Katalysator statt auf ein erwiesenermaßen nutzloses Tempolimit.

**Die erfolgreiche
Politik von Helmut Kohl zahlt sich für alle
Bürger aus.**

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Mit Zuversicht
und Optimismus
in die Zukunft

Alles
Gute '86



Steuern runter! Wohngeld rauf! Preise labil!

Das Steuerentlastungsprogramm von rund 20 Milliarden Mark läßt 1986/88 allen Lohn- und Einkommensteuerzahlern mehr Geld in der Haushaltskasse, vor allem den Berufstätigen mit Kindern.

Rund 1,7 Millionen Menschen erhalten ab 1. Januar mehr Wohngeld. Bei einem Vierpersonenhaushalt wird das Wohngeld durchschnittlich um 60 DM pro Monat angehoben.

Lohn- und Rentenerhöhungen werden nicht mehr von der Inflation aufgefressen. Unter Helmut Kohl ist die Preissteigerungsrate um mehr als 3,5 Prozentpunkte gesunken. Das ist so gut wie eine 3,5%ige Renten- oder Lohnerhöhung.

Familie hat Zukunft!

Das Erziehungsgeld ist da! Für Mütter oder Väter gibt es monatlich 600 DM; ab 1. Januar 1986 für zehn Monate und ab 1988 für ein Jahr. Auch nicht erwerbstätige Mütter erhalten Erziehungsgeld. Weitere Verbesserungen:

- ➔ Während des Erziehungsurlaubes, den erwerbstätige Mütter oder Väter beantragen können, darf nicht gekündigt werden.
- ➔ Der Kinderfreibetrag wird erhöht.
- ➔ Für jedes Kind wird dem erziehenden Elternteil in der gesetzlichen Rentenversicherung ein Erziehungsjahr rentenbegründend und -steigernd anerkannt.

Umwelt sauberer! Rente sicher!

Bleifreies Benzin wird am 1. Januar 1986 durch die Senkung der Mineralölsteuer erneut verbilligt. Schon jetzt gibt es Steuerergünstigungen für schadstoffarme Autos. Dadurch können Autofahrer Geld sparen und zugleich die Umwelt schützen. Das zeigt: Wir setzen auf den Katalysator statt auf ein erweisennermaßen nutzloses Tempolimit.

Die Rentenkassen sind solide finanziert. Die Finanzlage der Rentenversicherung hat sich deutlich verbessert. Das heißt: Die Rentenkassen sind voll, die Renten sind sicher.

Die erfolgreiche Politik von Helmut Kohl zahlt sich für alle Bürger aus.

CDU
sicher
sozial
und frei

UjD

1/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.